

Weder eure Freunde noch wirtschaftliche Not konnten uns hindern, das Gewissen zu pflegen, das wir Brüder sind. Eindeutig unter einer Vaterlandes muss uns Brüder zu erwecken, nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Taten in der ganzen Welt zu zeigen, dass wir zusammenleben und zusammengehören. Deutsches Reich überlieferte die Arbeit für den Amtshof Deutschösterreich über allein zu müssen und — derzeit. Ich schlimmste die Berichte, je dringender die Hilfe wäre würden, denn mehr verlich man sich darauf, dass das Sowjet vorbringen werde, was uns der Feind verbot. Man begrüßte die Amtshofe des österreichischen Anschlussbewegung — aber mehr oder weniger das Reichsamt noch seine Regierung — haben es bedauert, dass der Anschluss nie von dort ausgenommen wurde. Denn Deutsches Reich ist zu schwach, um seiner Stimme in der Welt Macht zu verleihen, den Vätern jenen zu können, dass der Anschluss an das große Vaterland der einzige Weg zur Rettung ist und bleibt. Aber auch in Deutschösterreich selbst wird jede Arbeit so lange vergebens sein, als die Bevölkerung die 6 Millionen Österreicher aus der Vereinigung mit den Brüder im Reich nicht zufinden werden findet. Wenn aber der Anschluss gescheitert, in Norwegen und Österreich Vorm. von Deutschland selbst ausreichend, in Deutschösterreich verbreitet wird, kann Deutschland schon lernen, bevor die Früchte dieser Arbeit reifen, die innere Bewegung des Landes in die Wege leiten. Nur dann, wenn Deutschland sich an das Volk Deutschösterreich wendet und ihm Mut und Hoffnung gäbe, was Deutschland von ihm erwarte und was die Deutschösterreich im Reich zu erwarten haben, kann dort die Stellung der durchweg nach Deutschland orientierten Landesregierungen gefährdet, deren Bereitung von der Wiener Führung vorbereitet und durchgeführt werden. Deutschland aber ging den umgekehrten Weg, den Weg über Wien; und Berlin verlor sich auf seine Wiener Orientierung auch dann noch, als Wien längst nicht mehr nach Norden orientiert war. Die Abhängigkeit Deutschösterreichs vom Auslande, von der wohlwollenden Gunst anderer Staaten, zwang die Wiener Regierung in den sinnlosen Verhandlungen, welche die deutsch-österreichische Politik der letzten Jahre kennzeichneten. Um der unentbehrlichen Not zu dienen, machte die außenpolitische "Erentrum" Deutschösterreich die meistverdächtigen Sprünge: erst war es Berlin, dann Paris, dann wiederum die Radikalzonen und endlich Italien, denen ein bisschen Platz die Freiheit der hingerungen zu geben wünschte — wollte nicht. So lange Deutschösterreich besteht, wird es nur Versprechen, aber keine Wirklichkeit erfüllen; eine Entwicklung war früher als die andere und das Volk musste ohnmächtig zuschauen, wie die Not von Tag zu Tag wuchs. Nun ist das Ende da und aus den Straßen Wiens geht der Ruf: "Wir können nicht mehr". Die Notwendigkeit arbeiter Tausend und Nacht und erzeugt bereits mehr als 100 Milliarden Kronen in der Wunde. Heute muss in Wien der Dollar mit 1000 Kronen bezahlt werden, hundert Kratzen kosten 10000 Kronen, ein verbitterter Dinar wäre, Ware von jedem Preis zu kaufen, die Preise gelten nur noch für Minuten und täglich wächst die Zahl der Wiener Kaufleute, die Zahlung in ausländischer Währung fordern. So breitete der Kriegsverfall mit rasantem Geschwindigkeit fort. Die Auflösung hat begonnen....

Es ist zu verhindern, wenn in dem verlorenen, verfeindeten Volke nur Neugungen auftreten, wie sie nur die Sicherheitswahrung erzeugen. Gewiss, noch in äußerlich Ruhe in den dunklen, schwiegenden Massen Wiens. Aber mit dem Untergang gehen die Wühler um, die in dem dahinschmelzenden Deutschösterreich eine neue Heimat suchen. Die Endlinge dieser, die vor vier Jahren im Osten aus den gleichen Verhältnissen heraus ein verzweifeltes Volk dem Polen abwinkten, in die Arme getrieben, sie arbeiten und töten, doch nicht mehr mit dem gleichen mutwilligen Erfolg. So groß ist die Not, so gering der Wahnsinn geworden an die heilende Kraft des roten Umsturzes. Anders dienten, die mit der Stärke des Roten Mannes auftraten, das Volk erinnern an die schönen Seiten des lustigen Wien, als man dort lebte in Süße und Süße, Liedern, Recht und Vieles noch galt in der Kaiserstadt. Dämonen Augen erzählen sie den Leuten, wie dieser Kaiser alles getan, um den Krieg vorzeitig zu beenden und diese Not abzuwehren. Den Vertrag an den Bundesstaat und den Kaiserreich und Italien, die Millionengewinne der Kaiserin für Pariser an den Nobelsmittelhaften, das alles haben sie probt für sein Volk. Der Schweizerfranken toll, ungarnische Unfälle arbeiten Hand in Hand mit den habhaftigkeiten kriegerischen Kreisen Österreichs, die Wiederkehr Karls des Großen zusammenbringt. Und die französische Politik, die seit Zusammenbruch Deutschösterreichs verhüllt, ist überall auf der Arbeit in Wien, Budapest, wie im Burgenland, um Konkurrenz trennen Freund anzugreifen und damit der großdeutsche Bewegung endgültig ein Ende zu machen. Wie weit es in Deutschösterreich gekommen ist, zeigt deutlich das Verhalten der Christlichsozialen, die das republikanische Mäntelchen längst abgestreift und sich mit fast findlich anmutender Autonomie bemühen, den Franzosen mit konträren Gedankengängen einzumessen. Und drohen an der Seite füllen die Wohltätigkeitsvereine der Sozialisten, die Weltkrieg erlöste zum Einflussmann Karl des Französischen. Am Gefolge einer Anhänger befinden sich viele, viele, die nur die Verweitung treibt; die nur leben wollen, endlich leben. Und weil ihnen der Begriff Leben unerträglich verbunden ist mit der Erinnerung an frühere bessere Zeiten, so müssen auch sie den Mann zutun, der mit dieser aläufigen Zeit von Österreich gesprochen ist. Diese Weise ist nicht zu unterdrücken! Ach erinnere hier an das, was Graf Czernin vor einem halben Jahre schrieb: "Noch selten hat sich ein Volk so sehr nach einem starken Herrscher, ja, nach einem Tyrannen gesehnt, als Österreich mehrere Monate nach erkundiger Freiheit". Das kommt daher, weil auch der grausame Tyrann nichts in entstehen lassen kann, als eine Macht Tyrannen, und weil der entthronnte Kaiser durch eine Million Autokratien erlegt wurde." — Wirklich nur in Wien? Nur in Deutschösterreich? Dieser Kräfte, die Deutschösterreich von seinen Feinden zu Tode peinigen ließen, sind aus in Deutschland obenant. Und diese haben andere Dinge im Kopf, als deutsche Not, von ihnen ist keine Freiheit zu erwarten für deutsche Volksstimme, noch der Mut, das zu beweisen, was eine Lebensfrage ist, nicht für Deutschland und nicht für Deutschösterreich, sondern für das ganze deutsche Volk: die Vereinigung. Dann also werden endlich die beiden Volker beginnen zu arbeiten, das die Vereinigung Wirklichkeit werden? Untere Aufgabe kann es nicht sein, mit Gewalt Grenzziehungen anzutreuen, wohl aber, ohne Rücksicht auf willkürliche neuere Grenzen ein Volk zu schaffen, ein elendes Volk. Dieses aber muss jetzt geschehen, auch wenn es zu kostet, nicht nur für Deutschösterreich, auch für Deutschland. Denn das Problem Deutschösterreich markiert, es löst um nicht verzögert noch verzögert, und gelingt es nicht, seit die Volksgemeinschaft hergestellt, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, so wird es später nicht mehr sein. In den deutschen Alpenländern werden Deutsche sein — oder der Feind.

Umsturz in Russland?

Riga, 18. Okt. Aus Moskau kommt die Meldung, dass die Sowjetregierung sämtliche in Haft befindlichen Deutschnationalen aus den Gefängnissen entlassen werde. Die Sowjetregierung verhandelt seit geraumer Zeit mit den Sozialrevolutionären und der sozialdemokratischen Partei. Es soll ihr auch gelungen sein, sich mit den Menschenfrieden zu verständigen, wodurch die Aussichten für die Einberufung einer konstituierenden Versammlung sich wesentlich gehoben hätten.

Moskau, 18. Okt. Der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, der sich hier im Zusammenhang mit einem beobachteten kommunistischen Putsch versucht, wurde von unbekannten Angreifern ermordet.

Die Übergabemaßnahmen in Oberschlesien.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Oppeln, 18. Okt. Die französischen Truppen werden nicht nur die an Polen fallenden Gebiete, sondern auch die daran anliegenden Teile des Deutschen Reichs zu übernehmen. Es handelt sich hierbei um die Kreise Gleiwitz, Lublin und Tarnowitz, deren Rückung durch die Engländer, die dort bisher das Besatzungscontingent gestellt hatten, schon in nächster Zeit erfolgen dürfte. In den größeren Städten des polnischen Besitzes werden von den polnischen Behörden umfassende Vorbereitungen für den Empfang und die Begrüßung der polnischen Truppen getroffen. Beim Eingang der Polen in Oberschlesien werden auf besonderen Befehl des polnischen Generalstabs auch die polnischen Truppen vertreten sein. Das nur aus Anhängern bestehende Regiment, die Division des Obersten Generalstabs protestierte in einem Telegramm an den polnischen Generalstab gegen die Zuteilung Beuthens an Deutschland und verlor die gewollte Beziehung der Stadt Beuthen durch die "Minder von Beuthen", wie sich das Regiment nennt. Im Kreise Reichenbach in einer Reihe von Dörfern genaue Propaganda unter der Bevölkerung bemerkbar, die darauf gerichtet ist, die Zuteilung des Kreises Reichenbach an die Tschecho-Slowakei zu erwidern.

Polonisierung noch vor der Entscheidung.

Kattowitz, 18. Okt. Der Kommandant der Stadtpolizei für Oberschlesien, Generalmajor, ist mit dem Vertreter des Kommandanten der Krakauer Polizei in Oberschlesien eingetroffen, um in den den Polen verlassenen oberösterreichischen Gebieten eine polnische Stadtpolizei zu organisieren.

Oberschlesien und die politische Unmöglichkeit der Polen

Copenhagen, 18. Okt. "Politiken" berichtet u. a. über die Teilung Oberschlesiens: Das ist die zweite Plei und Ruhm an Polen fallen würden, war nach Ausdruck der Polensabteilung auszunehmen. Das könnte aber nur geschehen, ohne dass dadurch allzu großer Schaden angerichtet würde. Aber die weitere Teilung und besonders die Teilung des eigentlichsten Autonomiebereiches ist durch nichts zu verhindern. Am Industriedreieck ist eine sichere deutsche Mehrheit und der Bezirk bildet eine festeschiene Einheit. In Europa findet sich kaum ein industrieller Bezirk, dessen einzelne Teile so fest verbunden sind. Der polnische Finanzminister hofft unzählig, dass Durch über den polnischen Reichsraum in Flammen und die Katastrophe sei viel näher als man glaubt. Zwar vor wenigen Tagen schrieb die "Times", die Aufsicht breite sich immer mehr und mehr aus, dass die Teilung Polens schon im 18. Jahrhundert eine Rolle der dem polnischen Volke eigenen politischen Unmöglichkeit war. Bei Oberschlesien handelt es sich, schreibt "Politiken" weiter, um ein Industriegebiet, das ausschließlich durch deutsches Fleisch geschaffen ist und dessen Überbleiben bei Deutschland von fundamentaler Bedeutung für Deutschland und damit für die europäische Wirtschaft ist.

Autonomie für den Rest Oberschlesiens.

(Eigner Drahtbericht der "Dresden Nachrichten") Berlin, 18. Okt. Wie wir aus parlamentarischer Quelle erfahren, ist aus Erklärungen der zuständigen Reichsämter zu entnehmen, dass auch für den beim Reichsvergleich verbliebenen Teil Oberschlesiens das Autonomiegesetz Anwendung finden soll, das Oberschlesien als selbständigen Bundesstaat erklärt.

9,8 Milliarden oberösterreichische Belastungskosten.

(Eigner Drahtbericht der "Dresden Nachrichten") Genf, 18. Okt. Der "Matin" lädt sich aus Oppeln melden, dass die Gesamtkosten der internationalen Belastung in Oberschlesien bis 1. Oktober 9,8 Milliarden Mark erreicht hätten. Vorläufiglich würden hierauf Deutschland zwei Drittel und Polen ein Drittel unterlegen werden.

Oberschlesien und das Wiesbadener Abkommen.

(Eigner Drahtbericht der "Dresden Nachrichten") Brixen, 17. Oktober. Der "Tagesspiegel" meldet aus Paris: Boudetot schreibt im "Journal", dass die Entzäsurung der Deutschen über Oberschlesien die Wiesbadener Abmachungen weder beeinträchtige, noch ändern. Die Verpflichtungen, die Deutschland in Wiesbaden eingegangen sei, seien ohne Vorbehalt gegeben worden. Er schreibt die deutschen Gewaltleistungen, soweit sie in Wiesbaden ihren Ausdruck gefunden haben, auf fast 10 Milliarden Goldmark in Sachwerten.

Keine Verhandlungen über Sachleistungen an England.

(Eigner Information der "Dresden Nachrichten") Berlin, 18. Okt. Die bereits verächtlich widerlegte Meldung der "Daily Mail", wonach zurzeit englische-deutsche Verhandlungen im Gange waren, um die Zahlungen von den Reparationsverpflichtungen durch Sachleistungen abzulösen, wird nunmehr auch von amtlicher Stelle als demontiert und hierzu mitgeteilt, dass Minister Rothman lediglich bei einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord d'Abernon Deutschlands grundähnliche Bereitschaft willigte zum Abschluss eines derartigen Vertrages anerkannt hatte.

Tagung des englischen Parlaments.

London, 18. Okt. Nach einer Ferienpause von zwei Monaten trat heute nachmittags das Parlament wieder in einer kurzen Herbstsitzung zusammen, in der es sich in der Hauptrede mit der industriellen Krise beschäftigt. Reinhardt beantragte, dass außer der Arbeitslosenfrage während der Herbstsitzung auch eine Möglichkeit zur Förderung der oberösterreichischen Frage, der russischen Hungersnot und der irischen Frage geschaffen werde. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde von der Regierung auf 1,5 Millionen angegeben. Lord George sagte unter allgemeinem Beifall, er hoffe, persönlich nach Washington gehen zu können, sobald die parlamentarische und die allgemeine Lage dies zuließe. Lord Beauchamp wurde in Washington die britische Flotte und Lord Gavan das britische Heer und Marschall Haig die britischen Friedenstruppen vertreten. Sir Morris Hankey werde ebenfalls nach Washington gehen. Chamberlain teilte mit, dass die Regierung im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage vier Gesetzentwürfe einbringen werde. Lord George wird möglichst bei ihrer Einführung eine allgemeine Erklärung über die Politik der Regierung abgeben. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, das die Tagung des Parlaments nicht länger als 14 Tage dauern werde. (B. T. B.)

London, 18. Okt. (Kreisler.) Am Unterhaus erneut Gewortheim auf eine Förderung der oberösterreichischen Frage. Er sah, die Entscheidung des Börsenbundes habe zuwege gebracht, dass die Mark um 20 Punkte gesunken sei, und er bemerkte nebenbei, selbst die Franzosen gaben zu, dass die jetzige deutsche Regierung die beste sei, die Deutschland bis jetzt habe. Chamberlain sprach sich gegen eine Förderung der oberösterreichischen Angelegenheit aus. (B. T. B.)

Das Urteil der deutschen Gewerkschaftsführer in London.

London, 18. Okt. In einer Unterredung mit dem politischen Verliererherrn des "Manchester Guardian" erklärten die deutschen Gewerkschaftsführer Möller und Graevenbach, die Teilung Oberschlesiens werde eine wirtschaftliche Katastrophe am Volke haben. (B. T. B.)

Mandatsniederlegung des Generalsekretärs Thomas.

Paris, 18. Okt. Nach Mitteilung einer Nachrichtenagentur hat der Generalsekretär des Internationalen Arbeitsamtes, der sozialistische Abgeordnete Thomas, sein Mandat als Abgeordneter der französischen Kammer niedergelegt. (B. T. B.)

Die Flucht aus dem Staatsdienst.

Wir erhalten die folgende Zuschrift:

Bei den Verhandlungen, die im Reichsfinanzministerium Ende August zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter stattfanden, hatten die Regierungsvertreter keinen leichten Stand. Die Organisationen forderten einen absolut gleichen Einkommens der Beamten und Staatsarbeiter nach dem Kürzungsmaßnahmen, die der höheren Beamten bekannt ist als Anhänger des gleichen Hundertschafts vom Rentengehalt, wie er bisher schon behauptet hat. Am leichtesten Standpunkt liegt ihm damit, dass andernfalls eine zu starke Angleichung der Beamtengehalte der höheren an die unteren Gruppen eintritt müsse, die dem Wohl des Staates ungünstig sei. Denn schon jetzt macht sich eine Abwanderung der führenden Kräfte in den Handel und in die Industrie bemerkbar, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die Bezahlung der leitenden Beamten im Staate ungünstig ist und weicht den hohen Kosten der Vor- und Ausbildung gegenüber, welche einen Vergleich mit dem Einkommen der freien Berufe standhält. Es steht nicht zu, dass die Beamten des Staates eine technische Stellung im Handel und in der Industrie bekleiden, weil die